

# Karoline

## Der „ausgewogene Beschluss“

Am 20.10.2009 hat Minister Dellmann, Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg, in einer Presseinformation den Planergänzungsbeschluss der Planfeststellungsbehörde zum Vorhaben „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ bekannt gegeben. Herr Dr. Stern war dabei und verfasste für die Karoline folgenden Bericht:

„ Wir muten den Menschen dort Lärm zu,..., Wir halten aber die Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichts ein.“, äußerte sich Herr Dellmann. Was regelt nun der ergänzende Beschluss (stark gekürzt)?

Nachtflug:

- > keine Flüge in der Kernzeit ( 0:00- 5:00 Uhr ), jedoch Ausnahmen von generell zulässigen Notfällen, Post- und Regierungsflügen
- > 23:30 – 24:00 Uhr sowie 05:00-05:30 Uhr keine planmäßigen Flüge, sondern nur Verspätungen und Verfrühungen, Bereitstellungs- und Überführungsflüge als Leerflüge
- > die Zeiträume von 22:00 bis 23:30 h und 05:30 – 06:00 h wurden für Flüge generell frei gegeben.
- Die Regelungen zum passiven Schallschutz während der Nacht wurden neu formuliert.
- Die Entschädigungsregelung für Außenwohnbereiche wurde neu gefasst.

Offiziell wird der Planergänzungsbeschluss erst ab 04.01.2010 für 2 Wochen zur Einsicht durch die Bürger ausgelegt, danach haben Interessierte 1 Monat Gelegenheit eine Klage einzureichen und danach nochmals 1 Monat die Begründung nachzureichen. Kläger kann nur sein, wer eine Einwendung abgegeben hat.

Im Blättchen (Zeitung des Bezirksvorstandes der Linken Tr./Köp.) Nr. 154 vom 05.11.2009 hat sich Herr Ernst Welters bereits zu dem Planergänzungsbeschluss geäußert. Auch in einem Artikel im „Müggelheimer Bote“ Ausgabe 11/2009 wird der Planergänzungsbeschluss kritisch diskutiert und nächste Schritte erwogen.

Die Planfeststellungsbehörde bewertet die Interessen an der Durchführung von planmäßigen Passagierflugbewegungen in den Nachtrandzeiten höher als die Interessen der Flughafenanwohner. Zwar gibt es leichte Verbesserungen in den Schutzzonenfestlegungen und bei den Entschädigungszonen außen. Generell bleibt der Beschluss jedoch hinter dem Geist und Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 16.03.2006 zurück. Gutachten wurden von den Flughafenbetreibern und den Fluggesellschaften ins Spiel gebracht, die die Interessen der Betroffenen voll ignorieren. Dazu wird die öffentliche Meinung beeinflusst: „Ohne Nachtflug keine Jobmaschine !“

Es werden sich wieder Klagegemeinschaften gegen diesen Beschluss formieren, die vor dem Bundesverwaltungsgericht Klage einreichen. Die Schutzgemeinschaft betroffener Umlandgemeinden wird mit Sicherheit klagen. Der Bürgerverein Berlin-Brandenburg (BVBB) will nur eine Klage organisieren, wenn die Kosten von ca. 300 000 € zusammen kommen. Diese könne von den Mitgliedern des BVBB allein nicht geschultert werden. Dazu kommen sicher noch verschiedene Klägerbereiche sowie private Einzelklagen. Der „Verein zur Förderung der Umweltverträglichkeit des Verkehrs e.V.“(VUV) prüft auch weitere Aktivitäten.

Jetzt sollten alle betroffenen Bürger aktiv und entschlossen an einem Strang ziehen, insbesondere bei der Frage der Klagefinanzierung und sollten sich nicht auf die inhaltliche und finanzielle Initiative weniger verlassen, denn es geht um die Lebensqualität, Gesundheit und das Eigentum aller.

Wir sollten auch die Bürgermeisterin und die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Treptow-Köpenick fragen, was sie für die Betroffenen zu tun gedenken. Die Bürgermeister der meisten betroffenen Umlandgemeinden in Brandenburg zeigen eine deutlich größere Initiative für ihre Bürger.

Übrigens: mit der neuen Regierungsbildung im Land Brandenburg fand ein Personalwechsel statt. Ministerin Jutta Lieske steht jetzt dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft vor.

## Was bleibt zu tun?

Auf Wunsch der BVV- Treptow/Köpenick fand am 10. Dezember 09 im Rathaus Köpenick eine weitere Informationsveranstaltung statt. Herr Bayr als Vertreter der Regierung von Brandenburg und Herr Kunkel, als Vertreter von BBI erläuterten den Bürgern im voll besetzten Bürgersaal die wichtigsten Punkte des Planergänzungsbeschlusses „Lärmschutzkonzept BBI“ vom 20.10.09. Die Anhörung der beiden Referenten brachte insofern nichts Neues da sie nur das bereits Bekannte versuchten so kuschelweich wie möglich auf den Tisch zu bringen.

In der anschließenden hitzigen Diskussion stellten die anwesenden Bürger viele kritische Fragen. Der Brandenburger Regierung wurde vorgeworfen, nur die Gutachter bestellt zu haben, die einseitig die Positionen des Flughafenbetreibers und der Fluggesellschaften bedienten, ohne die schutzwürdigen Interessen der Anwohner zu berücksichtigen. Warum hat man nicht zugelassen, dass die betroffenen Bürger der umliegenden Gemeinden und Bezirke auch selbst Gutachter bestellen? Die Unklarheiten und der Wirrwarr darüber, wie viele Nachtflüge es tatsächlich in den Nachtzeiten und Nachtrandzeiten geben wird, bieten für die betroffenen Bürger keine wirkliche Sicherheit dafür, dass in unserer angebotsorientierten Wirtschaft der wirtschaftliche Druck den Flughafenbetreiber nicht zwingt, im Laufe der Jahre, das vom Bundesverwaltungsgericht Leipzig auferlegte Nachtflugverbot immer weiter aufzuweichen und auszuhöhlen, ähnlich wie beim Flughafen Frankfurt am Main.

Herr Kunkel, als Vertreter des Flughafenbetreibers BBI, kam auch zunehmend ins Schleudern, da er keine eindeutigen Klarheiten über die Höhe und Richtung der zu zahlenden Entschädigungen und Beihilfen bei der Finanzierung der anstehenden Schallschutzmaßnahmen für die betroffenen Anlieger des Flughafens bieten konnte. Auch die Unklarheiten um die Fristen für die Antragstellung der Betroffenen für die Schallschutzmaßnahmen standen zur Debatte. Die Klarheit, dass man sich als Betroffener für die Anträge noch fünf Jahre nach dem Betriebsbeginn des neuen Flughafens Zeit lassen kann, ist erst durch die Einwände der anwesenden Bürger betont worden.

Alles in Allem war auch an diesem Abend klar geworden, dass uns betroffenen Bürgern in den anliegenden Gemeinden um den Flughafen Schönefeld noch viel Arbeit aber auch Kampfeinsatz bevorstehen wird. Wir werden mit Unterstützung aller mit uns solidarischen Organisationen und Kräften dafür sorgen müssen, dass eine weitere Klage organisiert wird, die eindeutige Klarheiten über die Beschränkung der Nachtflüge schafft. Die Karoline bleibt dabei, die Bürger von Schmöckwitz und Karolinenhof zu informieren und in dieser Hinsicht weiter zu unterstützen.

An jedem ersten Mittwoch im Monat ab 18,00 Uhr führt der VMEG (Der Verein der Märkischen Eigenheim- und Grundstücksbesitzer) im Krankenhaus Hedwigshöhe eine Beratung zum Lärmschutz bezüglich BBI durch. Alle interessierten Bürger können sich dort informieren und beraten lassen.

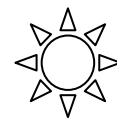
## Übergabe ehrenamtlicher Funktionen in Karolinenhof

Wie die Redaktion erfuhr, beendet die langjährige Vorsitzende der Sozialkommission, Frau Renate Wagner, zum Jahreswechsel aus gesundheitlichen Gründen ihr Ehrenamt. Die Nachfolge tritt Frau Angelika von Kopp an.

Die Grundorganisation der Volkssolidarität hat auf ihrer gut besuchten Jahresabschlussversammlung am 10. Dezember ihren langjährigen Vorsitzenden, Herrn Karlheinz Wagner kurz vor Vollendung seines 80. Lebensjahres würdig verabschiedet und Herrn Rolf Lauckner zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Die KAROLINE möchte an dieser Stelle dem Ehepaar Wagner für seine verdienstvolle ehrenamtliche Tätigkeit herzlich danken und wünscht den neuen Funktionsinhabern Mut, Glück und Erfolg in ihrer Tätigkeit zum Wohle der Bürger unseres Ortsteiles.

## Alles Gute im Neuen Jahr



Die Karoline wünscht allen Bürgern von Schmöckwitz und Karolinenhof glückliche Weihnachtstage, einen fröhlichen Silvesterabend, einen guten Rutsch ins Neue Jahr und viel Erfolg und Gesundheit in 2010.

